



PARTEIENMONITOR AKTUELL

## Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

sowie

### Bericht zur Pressekonferenz der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER und Hans-Olaf Henkel

„Die FREIEN WÄHLER sind die vernünftigen bürgerlichen Alternative(n).“

„Die bürgerliche Kraft der Mitte“

„Die schwarz-gelbe Regierung hat einen Vertrauensverlust erlitten und wird von vielen bürgerlichen Wählern nicht mehr unterstützt.“

(Hubert Aiwanger)

Autor: Marcel Winter (extern)

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Michael Borchard  
Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
030-26996 3550  
michael.borchard@kas.de

## Inhalt

### Zusammenfassende Bewertung und Prognose

1. Bericht zur Pressekonferenz der Bundesvereinigung  
FREIE WÄHLER mit Hans-Olaf Henkel
  - 1.1. Botschaften
  - 1.2. Exkurs: Die Thesen des Hans-Olaf Henkel
  
2. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER
  - 2.1. Begriffsklärung und -abgrenzung
  - 2.2. Organisation der Bundesvereinigung
  - 2.3. Programmatische Ausrichtung
  - 2.4. Das Selbstbild der FREIEN WÄHLER  
– zwischen Anspruch und Wirklichkeit

## Zusammenfassende Bewertung und Prognose

Die mediale Resonanz auf den gemeinsamen Auftritt von Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel war erwartungsgemäß groß. Während in den letzten Monaten keine Talkshow ohne die Erwähnung Henkels im Zusammenhang mit einer Partieneugründung auskam, überraschte dieser mit der Ankündigung die Partei FREIE WÄHLER unterstützen zu wollen. Henkel und Aiwanger haben sich gegenseitig gesucht und gefunden. Beide sind Populisten, ihre gemeinsame Triebfeder ist der Frust gegen das bestehende Parteiensystem, gar gegen die politische Klasse. Ein Begriff der in seiner Verwendung immer abwertend gemeint ist. Während Aiwanger immer wieder das Versagen der etablierten Parteien postuliert, nimmt Henkel gleich die gesellschaftlichen Eliten ins Visier.

Henkel spricht von einer Erweiterung der „Macht der Bürger“ und von einer Einschränkung der Macht der Parteien. Die FREIEN WÄHLER seien dafür die richtige Plattform. Aiwangers Reden zeichnen sich seit langem durch eine starke Anti-Parteien-Rhetorik aus. Er spricht von Staatsversagen und vom Versagen der etablierten Parteien. Aiwangers Strategie ist es, enttäuschte FDP-Anhänger und -Mitglieder hinter sich zu versammeln.

Die von Henkel/ Aiwanger propagierte Macht der Bürger wird besonders vor dem Hintergrund des von Schäffler kritisierten Gegensatzes Parteiführung-Basis virulent. Im Rahmen der Mitgliederversammlungen zum Entscheid wurde die Basisferne der Parteiführung oftmals kritisiert und von Schäffler herausgestellt.

Aiwanger sprach schon Tage vor dem Ende des FDP-Mitgliederentscheids vom „(...) gescheiterten Mitgliederentscheid bei der FDP gegen den dauer-

haften Euro-Rettungsschirm“ und den „endgültigen Verlust der Gestaltungskraft der FDP bei der Europolitik.“<sup>1</sup>

Der Schwerpunkt der Partei FREIE WÄHLER wird in den nächsten Monaten auf die EU- und Euro-Politik gelegt. Damit wollen Henkel/ Aiwanger eine Alternative für ein europakritisches Potential bieten. Henkel selbst ordnet die Partei in der EU-Politik als Europa-freundlich aber Euro-skeptisch ein. Während Aiwanger von Bayern aus die Partei als Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender leitet, wird Henkel die bundespolitische Bühne bespielen und als Repräsentant der Partei FREIE WÄHLER auf Mobilisierungstour durch die Bundesländer gehen. Sein Konzept des Nord-Euro scheint auch von Aiwanger aufgenommen worden zu sein. Ein Korrektiv im Bundesvorstand der FREIEN WÄHLER gibt es nicht. Die Entscheidungen fallen in der Regel im kleinen Kreis zwischen Aiwanger und seiner Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner. Voraussichtlich wird Henkel nicht in die Strukturen der Bundesvereinigung eingebunden (auch Aiwanger wird das nicht wollen), sondern dient als Aushängeschild und Experte in Wirtschaftsfragen. Auf diesem Gebiet verfügt die Partei FREIE WÄHLER über keinerlei Kompetenzen. Botschaften aus Henkels Buch „Rettet unser Geld!“ könnten somit ins Parteiprogramm gelangen.

Aiwanger spricht seit Beginn der CDU/FDP-Koalition auf Bundesebene vom „Versagen der Koalition“ in Berlin und will mit den FREIEN WÄHLERN nach eigenen Angaben „die vernünftige bürgerliche Alternative“ für CDU-Anhänger sein. Ob er mit Hans-Olaf Henkel eine Person gefunden hat, die weit ins bürgerliche Mille hinein auf Zustimmung hoffen darf, ist mehr als fraglich. Der starke Populismus Aiwangers, der für bayerische Bierzelte gerade richtig ist, wird so zunächst in den Hintergrund rücken und einem sanften Populismus nach dem Motto „Man wird doch wohl noch sagen dürfen, dass...“, wie ihn Henkel kultiviert hat, weichen.

---

<sup>1</sup> Pressemeldung Bundesvereinigung FREIE WÄHLER vom 11.12.2011

Wie in Kapitel 2 zur Bundesvereinigung skizziert, wickelt sich das Abarbeiten an der CDU, die Fokussierung auf die FDP seit Anfang des Jahres 2011.

Die Zusammenarbeit der Partei FREIE WÄHLER mit Hans-Olaf Henkel ist nicht das Resultat einer kurzfristigen Verbindung. Vielmehr stand Henkel der Bundesvereinigung schon zum Europawahlkampf 2009 beratend zur Seite und hat an der Erarbeitung des Wahlprogramms mitgewirkt.

Fraglich ist, ob Henkel wirklich weiß, in welchem Ausmaß er in den kommenden Monaten für die Partei werben soll. Im Rahmen der Pressekonferenz wurde Aiwanger gefragt, ob die Arbeitsteilung so aussehe, dass Aiwanger die Bierzelte und Henkel die Stadthallen füllen solle. Aiwanger gab in seiner Antwort zu bedenken, dass auch Herr Henkel in die Bierzelte müsse. Der wiederum sah nach dieser Antwort alles andere als glücklich aus. Die Mühen bei der Etablierung der Partei auf Bundesebene und bei der Mobilisierung der Wähler zu den nächsten Landtagswahlen (die nächste in Schleswig-Holstein) werden von Henkel vermutlich unterschätzt und ein erster Lackmustest für die Beziehung Aiwanger/Henkel. Henkel selbst hatte mit dem Verweis auf sein Alter eine Kandidatur in welcher Funktion auch immer „zunächst“ ausgeschlossen.

Henkel und Aiwanger bedienen mit ihrer Kritik an den Wirtschaftseliten und den etablierten Parteien, die sie abwertend die politische Klasse nennen, ein diffuses Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber Politik und Wirtschaft. Eigene Lösungskonzepte können sie aber nicht vorweisen.

Henkel hat seine Unterstützung für eine neue Partei mit liberaler Ausrichtung angeboten und Aiwanger hat zugegriffen. Ob daraus eine langfristige Verbindung erwächst oder nur ein kurzes, vor allem mediales, Strohfeuer resultiert, werden die nächsten Wochen zeigen.

Kann Aiwanger die Henkel-Kritiker in seiner eigenen Landtagsfraktion besänftigen?

Schafft es die Führung unter Aiwanger und Frau Breitenfellner ein konsistentes Parteiprogramm vorzulegen, mit dem die heterogenen Landesvereinigungen leben können?

Gelingt die Etablierung auf Bundesebene?

Schaffen es die Landesvereinigungen und der Bundesvereinigung „rechte Trittbrettfahrer“ draußen zu halten? (Die Organisationsstrukturen der Landesvereinigungen geben dafür bisher keine Gewähr.)

Wie groß wird der inhaltliche Einfluss Hans-Olaf Henkels auf die Partei FREIE WÄHLER sein?

Das sind nur einige Fragen, die in den nächsten Wochen und Monaten von Bedeutung für eine spätere Bewertung der Erfolgsaussichten dieser Partei sein werden.

## 1. Bericht zur Pressekonferenz der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER und Hans-Olaf Henkel

Am 19.12.2011 traten der Vorsitzende der Bundesvereinigung und Fraktionsvorsitzende der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel in Berlin gemeinsam vor die Presse.

Der Termin ist ganz bewusst vor dem Hintergrund der Bekanntgabe des Ergebnisses des FDP-Mitgliederentscheids zum Euro-Rettungsschirm ESM gewählt worden, wie Aiwanger und Henkel unumwunden bekannten. Der Fokus der Veranstaltung lag auf der Euro-Politik und der Ankündigung Hans-Olaf Henkels die FREIEN WÄHLER bei der Etablierung der Partei auf Bundesebene zu unterstützen.

### 1.1 Botschaften

Gleich zu Beginn der Pressekonferenz stellte Hubert Aiwanger klar, dass die FREIEN WÄHLER die liberale, grundsolide, bürgerliche Partei der Mitte seien. Aiwanger sieht sich und seine Partei als vehementen Gegner einer Schuldenunion. Der Marsch in den Zentralstaat sei mit dieser Bundesregierung vorprogrammiert.

Nur zu gern lässt Hubert Aiwanger die Zuhörer an seiner Bewertung der letzten Jahre teilhaben, die Einblick in das Zusammenspiel dieser Männer gibt: Er stellt die Behauptung auf, dass der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler, nur deshalb zurückgetreten sei, weil er mit der Euro-Politik der Bundesregierung nicht einverstanden gewesen sei. Man könnte Aiwangers Interpretation des Köhler-Rücktritts nun als nebensächlich abtun, wenn nicht genau diese Interpretation auch von Henkel in seinem Buch „Rettet unser Geld!“ aus dem Jahr 2010 vorgebracht worden wäre. Allem Anschein nach haben die Thesen und Aussagen Henkels einen starken Ein-

fluss auf Aiwanger. Da auch die Lösungsvorschläge Henkels zur Euro-Politik von Bedeutung für die Bewertung der Partei FREIE WÄHLER sind und ausführlich in Henkels Buch dargelegt werden, sollen in Kapitel 1.2 die zentralen Thesen des Buches vorgestellt werden.

Die von Aiwanger vorgetragenen Argumente, wieso nun die bundespolitische Ausdehnung der Partei FREIE WÄHLER erfolgen müsse, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

*Argument 1: Der Kommunalpolitik sind die Hände gebunden, Entscheidungen werden in der Landes- und Bundespolitik getroffen.*

Die Kommunen seien vom Bund in eine Schuldenfalle getrieben worden. Wollte man nun die Situation der Kommunen merklich verbessern, müsse man den Weg in die Landes- und Bundespolitik gehen. Nur hier lasse sich Politik im Sinne der Bürger vor Ort machen. Dieses Argument würde nach Darstellung Aiwangers, auch die „wenigen Mitglieder“ kommunaler Wählergemeinschaften überzeugen, die einer bundespolitischen Ausdehnung kritisch gegenüber stehen.

*Argument 2: Die FREIEN WÄHLER ALS „EURO-RETTUNGS-PARTEI“ (Aiwanger, SZ v. 8.12.11)*

Die EURO-Rettung könne nur durch eine veränderte Politik glücken. Die jetzige Politik führe geradewegs in die Schuldenunion. Aiwanger prognostiziert, dass der EURO scheitern werde, wenn die etablierten Parteien so weiter machten. Es gebe im Bundestag keine Partei, die eine vernünftige EURO-Politik betreibe. Die schwarz-gelbe Bundesregierung arbeite in der EURO-Politik nicht solide.

Auch hier bezieht sich Aiwanger auf die Aussagen Henkels in „Rettet unser Geld!“. Während der gesamten Pressekonferenz konnte man erleben, wie Aiwanger immer wieder die Thesen aus Henkels Buch vertrat.

*Argument 3: DIE FREIEN WÄHLER „ALS BÜRGERLICHE ALTERNATIVE ZUR CDU und FDP“*

Es gebe keine Partei der bürgerlichen Mitte. Die FDP sei umgefallen und nicht politikfähig. Die einzige bürgerliche und liberale Partei sei die Partei FREIE WÄHLER.

Neben den Argumenten für eine bundespolitische Ausdehnung formulierte Aiwanger auch gleich das Ziel für die Partei FREIE WÄHLER: Der Einzug in den Bundestag zur Wahl 2013 mit einem Ergebnis 5 Prozent plus X.

Nach Koalitionsoptionen auf Bundesebene gefragt, stellte Aiwanger fest, dass man für alle Parteien, mit Ausnahme der Linken und der Piratenpartei, zur Verfügung stehe.

Die starke Anti-Parteien-Rhetorik in den Pressemeldungen der Partei, lässt seit einigen Monaten merklich nach.<sup>2</sup> Auf die Frage, ob Herr Henkel für die Entwicklung, hin zu den leisen Tönen, verantwortlich sei, sagte Aiwanger, dass wenn man mitregieren wolle, weniger Testosteron besser sei.

Abschließend erklärte Aiwanger seine Motivation damit, dass man die politische Klasse auf den Pfad der Tugend zurückbringen müsse.

*Der Bündnispartner – gegenseitig gesucht und gefunden*

Henkel begann zunächst mit der Feststellung, er habe sich immer für die FDP engagiert. Jedoch habe sich die Partei mit dem gescheiterten Mitgliederentscheid selbst den Todesstoß versetzt. Während die FDP früher für Wettbewerb eintrat, stehe sie heute für Harmonisierung. Früher stand das Prinzip der Subsidiarität an erster Stelle, heute sei der Zentralstaat das Ziel. Die FDP habe die liberalen Prinzipien über Bord geworfen. Sie agiere

---

<sup>2</sup> vgl. Labusch, Christina / Winter, Marcel (2011): Presseauswertung der Bundesvereinigung Freie Wähler 2010-2011, Duisburg, S. 4

in der Koalition unter Verletzung fundamentaler liberaler Grundsätze, während sich die CDU „sozialdemokratisiert“ habe.

Im „etablierten Parteienspektrum“ gebe es keine liberale Partei mehr. Alle Parteien im Deutschen Bundestag hätten sich für eine Schulden-EU ausgesprochen. Deshalb habe er sich entschieden die einzige liberale Partei zu unterstützen und, so fügte er hinzu, er werde sich für jede liberale Gruppe einsetzen. Ein Mandat strebe er, mit Verweis auf sein Alter (72), derzeit nicht an. Henkel würde aber, wenn „Not am Mann“ sei, einspringen. Den Aufnahmeantrag bei der Partei FREIE WÄHLER habe er am Vorabend der Pressekonferenz gestellt.

Auch Henkel kritisierte die Euro-Politik der Bundesregierung. Die Europäische Union sei eine Transferunion auf dem Weg zur „Schuldenunion“ und werde unweigerlich zur „Inflationsunion“.

Die Anfeindungen, die Henkel in den letzten Monaten habe erdulden müssen, seien schlimmer gewesen, als alles, was er in den letzten 15 Jahren erlebt habe, berichtet er auf der Pressekonferenz. Diese Bemerkung richtete sich, nach Nachfrage, vor allem an die BILD-Zeitung und an Politiker der etablierten Parteien (namentlich wurde Jürgen Trittin genannt), die offenbar Angst vor einer neuen Parteigründung hätten.

Weiterhin legte er dar, dass es sich bei der aktuellen Euro-Politik um ein parteiübergreifendes Elitenprojekt gegen den Willen der Bürger handele. Den Vorstoß zum Mitgliederentscheid von Frank Schäffler lobt Henkel dabei als mutig.

Das Wähler- und Mitgliederpotenzial sieht Henkel gleich bei vier Gruppen: Die Mitglieder der FDP, die für den Schäffler-Antrag gestimmt hätten, suchten nun eine neue liberalere Heimat. Die würden sie bei der Partei FREIE WÄHLER finden. Henkel verwies nochmals auf den Mitgliederent-

scheid in der FDP und die Tatsache, dass – bezogen auf die Gesamtmitgliederzahl - nur 17 Prozent der FDP-Mitglieder für den Antrag des Bundesvorstandes gestimmt hätten.

Auch innerhalb der CDU wachse der Widerstand gegen die Sozialdemokratisierung der Partei. Die bürgerlichen Wähler fühlten sich bei CDU und FDP nicht mehr heimisch.

Zudem würden auch bald die SPD-Wähler erkennen, dass gerade Europa-Politik auf Pump gemacht würde, die die materielle Zukunft Deutschlands bedrohe.

Das größte Potenzial liege aber bei den partei- und politikfrustrierten Nichtwählern. Diese wieder in politische Prozesse einzubinden wäre dann das Verdienst der Partei FREIE WÄHLER.

Zu möglichen Koalitionen auf Bundesebene, komme nach Meinung Henkels ein Bündnis mit CDU/CSU in Frage, da man ja die FDP ersetzen müsse.

Henkel kündigte an, sich in nächster Zeit den Themen Föderalismus, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft widmen zu wollen. Erste Auftritte im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein für die Landesvereinigung FREIE WÄHLER seien bereits geplant.

In Bezug auf die Bankenkrise fordert Henkel, Banken zu verkleinern, wenn sie „too big to fail“ seien. Eine zeitweise Verstaatlichung von Banken hält Henkel ebenfalls für legitim. Den größten Nutzen des Rettungsschirms hätten die französischen Banken, für die nun der deutsche Steuerzahler bürgen müsse.

Henkel kritisierte nochmals das Elitenversagen und meinte, man schulde der deutschen Öffentlichkeit eine Alternative zur Euro-Politik.

Henkel beschreibt Deutschland als eine „Maulkorbrepublik“, in der derjenige, der eine der Political Correctness widersprechende Meinung äußert, mundtot gemacht werde.

Er plädiert für ein Europa als wirtschaftlich-militärische Union anstelle einer politischen Union, ein Europa der Vaterländer, nicht das Vaterland Europa.

Henkel betont, dass die EU eher eine Erweiterung als eine Vertiefung brauche, um die Souveränität der Staaten nicht weiter auszuhebeln.

## 1.2 Die Thesen des Hans-Olaf Henkel

Die im Rahmen der Pressekonferenz nur kurz skizzierten Thesen zum Euro, hat Henkel in seinem Buch „Rettet unser Geld!“ aus dem Jahr 2010 ausführlich dargelegt. Möglicherweise werden sie für die Partei FREIE WÄHLER Bedeutung erhalten. Daher sollen hier die zentralen Thesen vorgestellt werden:

- EU und Euro schwächen Deutschland politisch und wirtschaftlich, es braucht daher eine Teilung der Währungsunion oder Deutschland muss zur D-Mark zurückkehren
- Europa ist nur dann stabil und konkurrenzfähig, wenn es eine neue Währung einführt, die nationale Unterschiede berücksichtigt
- Frankreich versucht Deutschland in Europa klein zu halten
- Euro und EU schaden dem Wettbewerb und schwächen damit Europa
- Linke Regierungen machen Schulden, Konservative sparen
- In Deutschland gibt es keine echte Meinungsfreiheit, es gibt eine Mainstream-Meinung

- Die politische Klasse handelt nicht nach dem Willen des deutschen Volkes
- Die EU beschränkt staatliche Souveränität zu stark
- Deutschland hätte Griechenland nicht mit Steuergeldern aushelfen dürfen

## 2. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

### 2.1 Begriffsklärung und –abgrenzung

Die Organisationsstruktur der FREIEN WÄHLER, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat, ist nicht nur für Außenstehende unübersichtlich. Neben der Bundesvereinigung, die im Sinne des Parteiengesetzes eine Partei ist, existiert noch zusätzlich der Bundesverband der FREIEN WÄHLER als Dachorganisation der Landesverbände der FREIEN WÄHLER. Diese wiederum fungieren als Dachorganisationen der kommunalen Wählergemeinschaften. Am Beispiel Nordrhein-Westfalens wird nachstehend die Struktur verdeutlicht. Zunächst soll aber die Begriffsklärung vorgenommen werden:

#### *Kommunale Wählergemeinschaften (KWG)*

„In der politikwissenschaftlichen Praxis setzt sich (...) jene Definition durch, (...), die KWG in Abgrenzung zu politischen Parteien als jene lokalpolitische intermediäre Gruppen definiert, die bei Kommunalwahlen zu den Vertretungskörperschaften antreten und keine Parteien im Sinne des Parteiengesetzes sind.“<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Winter, Marcel / Haffmans, Heiko (2012): Die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen Kommunaler Wählergemeinschaften in Nordrhein-Westfalen, in: Morlok, Martin et al: Politik an den Parteien vorbei, Baden-Baden, S. 53

### *FREIE WÄHLER*

Darunter werden, in Anbetracht der Parteientstehung, die Landesverbände verstanden, die als Dachverband der Kommunalen Wählergemeinschaften fungieren.<sup>4</sup>

### *Partei FREIE WÄHLER*

Darunter werden die Landesvereinigungen die als Partei im Sinne des Parteiengesetzes organisiert sind und/oder zu Landtagswahlen antreten sowie die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER subsumiert.

Auch wenn immer wieder versucht wird, den Eindruck zu erwecken, die Basis der Partei FREIE WÄHLER seien die unzähligen Wählergemeinschaften auf der kommunalen Ebene und diese, Untergliederungen der Partei, ist dies nicht zutreffend.

Der Landesverband der FREIEN WÄHLER in NRW ist der Dachverband der Kommunalen Wählergemeinschaften und dient als Dienstleister und Informationsvermittler im Austausch kommunalpolitischer Erfahrungen.<sup>5</sup> Er ist demnach nicht mehr als ein Zusammenschluss ohne politischen Einfluss. Organisiert sind dort jedoch nur ca. 34 Prozent der 470 Kommunalen Wählergemeinschaften.<sup>6</sup> Selbst wenn diese unter dem Namen FREIE WÄHLER bei Kommunalwahlen antreten, sind sie nicht zwangsläufig im Landesverband organisiert. Weder wird ein gemeinsames Programm erarbeitet, noch gibt es ein einheitliches Logo. Auch wenn es einen Landesvorstand gibt, nimmt dieser nicht Stellung zu aktuellen politischen Themen und Ereignissen. Dieser Verbändeverband, dem nur juristische Personen (also die Kommunalen Wählergemeinschaften) angehören können, erfüllt nicht die Voraussetzung um an Landtagswahlen teilzunehmen. Zu diesem Zwecke wurde im Spätsommer 2011 auf Drängen der Bundesvereinigung

---

<sup>4</sup> vgl. ebd. S. 54

<sup>5</sup> vgl. Winter, Marcel / Hintze, Patrick (2010): Kommunale Wählergemeinschaften in Nordrhein-Westfalen, Sankt Augustin/ Berlin, S. 49

<sup>6</sup> vgl. ebd., S. 15

(Partei FREIE WÄHLER) eine Landesvereinigung FREIE WÄHLER NRW gegründet. Diese kann zu Landtagswahlen antreten. Die Satzung regelt, dass die Mitgliedschaft in der Landesvereinigung (nur natürliche Personen) gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung (Partei FREIE WÄHLER) beinhaltet. Von den ca. 24.000 Mitgliedern<sup>7</sup> der Kommunalen Wählergemeinschaften in NRW sind lediglich 100 Personen Mitglied der Landesvereinigung/Bundesvereinigung. Die geringe Mitgliederzahl hat sicherlich mehrere Gründe, ein Indiz ist aber die schwache Zustimmung zu einer Landtagskandidatur unter den Wählergemeinschaften. Eine Kandidatur zur Landtagswahl 2010 lehnten im Rahmen einer Befragung 63,5% aller Fraktionsvorsitzenden der Kommunalen Wählergemeinschaften ab.

## 2.2 Organisation der Bundesvereinigung

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Die Vorläuferorganisation war die Bundeswählergruppe FREIE WÄHLER e.V., die im Januar 2009 mit dem Ziel gegründet wurde, zur Europawahl 2009 anzutreten. Dieser Schritt war der Startschuss für die Parteiwerdung der FREIEN WÄHLER. Im Februar 2010 wurde die Bundeswählergruppe in die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER umgewandelt. Die Landesvereinigungen sind Untergliederungen der Bundesvereinigung.<sup>8</sup>

Nach Angaben der Bundesgeschäftsführerin sind derzeit 5.000 Personen Mitglied der Bundesvereinigung. Mit 3.500 Mitgliedern trägt die bayerische Landesvereinigung den größten Anteil.

---

<sup>7</sup> vgl. ebd. S.16

<sup>8</sup> vgl. Satzung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, zuletzt geändert am 8.10.2011

## 2.3 Programmatische Ausrichtung

Ein Programm der Partei FREIE WÄHLER existiert derzeit nicht, wird aber in Zusammenarbeit mit den Landesvereinigungen erarbeitet. Voraussichtlich im März/April 2012 soll das Programm fertig gestellt werden. Bisher existieren lediglich grobe Leitlinien die hier nachfolgend vorgestellt werden sollen.

Unter dem Titel **Kommunale Eigenständigkeit** fordert die Partei FREIE WÄHLER eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, einen Stopp der Aushöhlung der bestehenden Zuständigkeitsbereiche sowie eine Ausweitung der kommunalen Finanzhoheit.

**Mehr direkte Demokratie** soll nach den Vorstellungen der Partei eine starke Bürgergesellschaft entgegen den Auswüchsen des Parteienstaates formieren, während die parlamentarische Demokratie als solche unabhängiger werden soll. Die FREIEN WÄHLER fordern in diesem Rahmen mehr Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide auf Bundesebene und die Direktwahl des Bundespräsidenten, von Ministerpräsidenten und regierenden Bürgermeistern. Das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sollen gefördert, der Einfluss der Parteien auf Politik und Gesellschaft dagegen reduziert werden. Eine weitere Forderung ist die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts, wonach Bürger nur Personen, nicht aber Parteilisten wählen können. Der Einfluss von Lobbyisten auf die Politik soll eingedämmt und Konzernspenden an politische Gruppen verboten werden. Politische Mandatsträger sollen keine Aufsichtsrat- und/oder Beratertätigkeiten im nicht-öffentlichen Bereich ausüben, da diese die Unabhängigkeit in Frage stellen.

Im Bereich **Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik** fordert die Partei FREIE WÄHLER den Erhalt und die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft, die Verhinderung marktbeherrschender Strukturen, die Förde-

rung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Stärkung des Mittelstandes, eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, den Abbau der Staatsverschuldung, leistungsfreundlichere Steuergesetzgebung, die Abschaffung der Erbschaftssteuer für den Fall einer Betriebsweiterführung sowie die Möglichkeit steuerliche Gewinnverlagerung ins Ausland einzuschränken.

Zum **Schutz des Eigentums und Verbraucherschutzes** sind die Verschärfung der Bankenaufsicht und in diesem Rahmen die Verhinderung der Entstehung von systemrelevanten Geldinstituten maßgebliche Forderungen. Klassische und spekulative Bankgeschäfte sollten getrennt werden. Gefordert wird auch der konsequente Schutz des Privateigentums und der persönlichen Daten. Im Bereich des Verbraucherschutzes fordert die Partei, dass Verbraucherinformationen für jeden verständlich sein und Standardverträge für den Endverbraucher eingeführt werden müssen.

In der **Familien- und Bildungspolitik** wird die Stärkung von Forschung und Bildung als Grundvoraussetzung für Wirtschaftskraft und Beschäftigung gefordert. Der Bund soll derweil die Rahmenkompetenz für das Bildungssystem übernehmen, damit länderspezifische Bildungsabschlüsse und Lerninhalte die Mobilität im Bundesgebiet nicht weiter einschränken. Da Kinderbetreuung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen wird, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesichert werden.

Im Bereich **Landwirtschaft und Ernährung** will die Partei eine nachhaltige und von Konzernen unabhängige Landwirtschaft fördern. Pflanzen-, Saatgut-, Lebensmittel- und Tierpatente sollen verboten, sowie Lebensmittel klar gekennzeichnet werden.

Im Bereich **Daseinsvorsorge, Energieversorgung und Gesundheitssystem** wendet sich die Partei gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie der Trinkwasser- und Energieversorgung, der Bahn und des öffentlichen Personennahverkehrs. Ferner sollen unabhängige In-

formations- und Bildungsangebote durch die öffentlich-rechtlichen Medien erhalten und wiederhergestellt werden. Weiteres Ziel ist die Förderung und Erforschung erneuerbarer und umweltfreundlicher Energieformen, sowie das Festhalten am geplanten Ausstieg aus der Atomkraft. Während das Gesundheitssystem solidarisch, wohnortnah und bezahlbar bleiben soll, wird eine „börsennotierte Gesundheitsindustrie“ abgelehnt.

In der **Gesellschafts- und Strukturpolitik** wird eine kinderfreundliche Gesellschaft, Handlungen gegen die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die gezielte Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland gefordert. Asylverfahren sollen effektiver gestaltet werden, um Flüchtlinge zu schützen und dem Sozialleistungsmissbrauch vorzubeugen. Der ländliche Raum in der Bundesrepublik soll durch Erhalt und Ausbau der Infrastruktur gestärkt werden, was flächendeckendes schnelles Internet, Nahverkehrsangebote, medizinische Versorgung sowie wohnortnahe Schulen einschließt.

In den Bereichen **Justiz und Innere Sicherheit** fordert die Partei FREIE WÄHLER ein konsequentes Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, die Ausschöpfung des Strafrahmens, die Verbesserung des Opferschutzes, eine von der Politik unabhängige Justiz, die Modernisierung der Polizeiausrüstung und eine ausreichende Personalstärke für Polizei und Justiz.

## 2.4 Zum Selbstbild der FREIEN WÄHLER – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Wurzel der Partei FREIE WÄHLER, ist trotz des Fehlens von kommunalen Untergliederungen, die Kommunalpolitik. Deshalb ist der Blick auf die Kommunalen Wählergemeinschaften hilfreich, wenn das Selbstverständnis der FREIEN WÄHLER näher skizziert werden soll.

Dem organisatorischen Aufbau nach, weisen Kommunale Wählergemeinschaften parteiähnliche Strukturen auf. Die tägliche politische Arbeit in den Kommunalparlamenten lässt sie wie Parteien agieren. Deshalb verwundert es auch nicht, dass die starke Anti-Parteien-Rhetorik und die Kritik an den etablierten Parteien in der Hauptsache zu Wahlkampfzeiten aufkommen. Während man sich außerhalb des Wahlkampfs relativ unaufgeregt der Kommunalpolitik mit allen Problemlagen und Themenfeldern widmet und sich einer besonderen Sachbezogenheit und Unabhängigkeit rühmt. Das Image der Nicht-Partei wird von den Mitgliedern mit Hingabe gepflegt.

Gleichwohl lassen sich auch bei den Wählergemeinschaften Verhaltensmuster erkennen, die diese eher bei den Parteien vermuteten: „Die Kritik der Wählergemeinschaften an dem Parteiengezänk und die Selbstzuschreibung als unabhängig und sachorientiert, wird in der Wahrnehmung der Wähler ad absurdum geführt, wenn in Konkurrenz stehende KWG ihre Differenzen öffentlich austragen.“<sup>9</sup>

Das Selbstbild von einer Anti-Partei oder Nicht-Partei, die starke Abgrenzung zu den etablierten Parteien, die man wie eine Monstranz vor sich her trägt, die nach außen dargestellte Kritik am Parteiensystem und die Überzeugung nur die FREIEN WÄHLER würden eine unabhängige und sachorientierte Politik betreiben, kommt auch bei der Partei FREIE WÄHLER zum Tragen. Einen ersten Eindruck geben hier die Botschaften der Pressemeldungen. Das Abarbeiten am politischen Konkurrenten ist fast schon Grundmotiv jeder zweiten Meldung.<sup>10</sup> In 25 Prozent der Fälle wurde im Untersuchungszeitraum 2010-2011 Kritik an CDU/CSU geübt. Ebenfalls in 25 Prozent der Fälle war in der Meldung eine allgemeine Parteienkritik enthalten. Die FDP wurde in 17 Prozent der Fälle kritisiert. In 11 Prozent der Fälle wurde ein Staatsversagen diagnostiziert. Die Bundesregierung wurde

---

<sup>9</sup> Winter, Marcel / Haffmans, Heiko (2012): a.a.O., S. 69

<sup>10</sup> Labusch, Christina / Winter, Marcel (2011): a.a.O.

konkret in 10 Prozent der Fälle kritisiert, während eine allgemeine Kritik an den Parteien auf Bundes- und Landesebene in 9 Prozent der untersuchten Fälle geäußert wurde.

Die Themenschwerpunkte der Pressemeldungen 2010:

- Soziales (Minderheitenschutz),
- Verbraucherschutz (Lebensmittelkontrollen)
- Bildungspolitik (bundeseinheitliche Bildungsstandards)
- Justiz
- Monopolstellungen der Konzerne

Die Themenschwerpunkte der Pressemeldungen 2011:

- Verteidigung (Bundeswehrreform schlecht durchgeführt)
- Bildungspolitik (bundeseinheitliche Bildungsstandards)
- Euro-Rettung (gegen Eurobonds, gegen die Hebelung des ESFS, Schuldenschnitt)

Eine Änderung im Stil der Pressemeldungen lässt sich ab dem Zeitpunkt Februar 2011 ausmachen. Während in den Meldungen bis zu diesem Zeitpunkt die oben dargestellte Kritik an den etablierten Parteien und dem Parteiensystem im Allgemeinen dominierend war, werden die Meldungen ab diesem Zeitpunkt sachlicher und konzilianter. Auch inhaltlich ist ein Bruch erkennbar. Während im Jahr 2010 die sozialen Themen dominierten und die Forderungen eher mit denen von SPD und Bündnisgrünen vergleichbar waren, sind die Botschaften und Forderungen der Meldungen 2011 eher dem konservativen Lager zuzuordnen.

Ein weiterer Bruch ist in einer neuen Ausrichtung bei der Kritik am politischen Konkurrenten erkennbar. Bis zum Jahreswechsel waren CDU/CSU Adressaten der Kritik. Ab 2011 kam es zu einer Fokussierung auf die FDP.

Zu vermuten ist, dass zu diesem Zeitpunkt ein Strategiewechsel unter Aiwanger durchgeführt wurde. Welche Rolle Hans-Olaf Henkel bei der Entdeckung der FDP als Hauptkonkurrenten spielte, kann nur vermutet werden. Die Zusammenarbeit dieser Männer fand jedenfalls am 19.12.2011 seinen vorläufigen Höhepunkt.